

Erscheint wöchentlich einmal: Freitag.
Anzeigen: Die fünfspealtigen Beilagen 40 Hg.
Für die Ortsvereine 10 Hg.
Im Abonnement nach Vereinbarung.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement vierteljährlich 1.- Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Belastungsprezissenliste.
Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Erscheint wöchentlich einmal: Freitag.
Anzeigen: Die fünfspealtigen Beilagen 40 Hg.
Für die Ortsvereine 10 Hg.
Im Abonnement nach Vereinbarung.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement vierteljährlich 1.- Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Belastungsprezissenliste.
Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 11

Berlin, den 13. März 1914

25. Jahrg.

Verantwortl. Amt Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an W. Schumacher, Greifswalder Straße 221/223, Geldsendungen an W. Zille, Greifswalder Straße 221/223, zu adressieren.

Verantwortl. Amt Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Die Arbeitsnachweisfrage. - Vom Geburtenrückgang. - Ein Bild hinter die Kulissen des Deutschen Holzarbeiterverbandes (Zustelle Bromberg). - Rundschau: Arbeitsmarkt. Die Wahlen zu den Versicherungsämtern. Der Reichsbund handwerklicher Arbeitgeberverbände. - Feuilleton: Neue Patente auf dem Gebiete der Holzbearbeitung. - Aus den Ortsvereinen: Bremen. Danzig. Greifswald i. V. Großenhain. Bismar. - Lohnbewegung. - Briefkasten. - Berlorenes Quittungsbuch. - Versammlungen des Ortsvereins Berlin. - Anzeigen.

Die Arbeitsnachweisfrage.

In dem Blätterwald der sozialdemokratischen Gewerkschaften macht sich seit einiger Zeit eine lebhaftere Unruhe betrefend der Arbeitsnachweisfrage bemerkbar. Anlaß hierzu hat wohl die Reichsregierung gegeben, die eine Verbesserung der Arbeitsnachweisstatistik verbunden mit einer Verbesserung der Arbeitsnachweisorganisation anstrebt. Im November 1913 hat das Kaiserliche Statistische Amt dem Staatssekretär des Innern einen Bericht nebst einem Gutachten über diese beiden Fragen erstattet. In demselben heißt es, daß es noch eine Menge unnötiger Arbeitslosigkeit gibt, die durch besseres Zusammenarbeiten der bestehenden Arbeitsnachweisinrichtungen und durch ihren planmäßigen Ausbau beseitigt werden könnte.

Die Verbesserung der Arbeitsnachweisstatistik soll nach den Vorschlägen des Statistischen Amtes darin bestehen, allen nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen die gesetzliche Pflicht aufzuerlegen, über ihre Tätigkeit allmonatlich an das Amt zu berichten. Um diese Berichterstattung allen Arbeitsnachweisen zur Pflicht zu machen, soll auch eine Meldepflicht eingeführt werden, d. h. jede Errichtung, Verlegung oder Auflösung eines Arbeitsnachweises soll bei der Ortspolizeibehörde angemeldet werden. Zur Reform der Vermittlungstätigkeit wird in dem Bericht der Vorschlag gemacht, das gesamte Arbeitsnachweiseswesen nach einheitlichen Gesichtspunkten für das ganze Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reiches zweckentsprechend zu organisieren. Es soll zunächst dringlich auf eine größere Zentralisierung der Arbeitsvermittlung, insbesondere auf eine engere Verbindung zwischen den verschiedenen Arten von Arbeitsnachweisen hingewirkt werden, mit dem Ziel, örtliche Arbeitsnachweisverbände und deren Zusammenfassung zu Landes- bzw. Provinzialarbeitsnachweisverbänden zu erstreben. Diese Verbände sollen die Aufgabe haben, durch regelmäßigen Austausch der Kataloglisten und Ausbau des Arbeitsnachweises einen besseren und schnelleren Ausgleich zwischen Stadt und Land bzw. zwischen den verschiedenen Gebietsteilen und Erwerbszweigen innerhalb des bestehenden Wirtschaftsgebietes herbeizuführen. In diesen in kurzen Umrissen angeführten Erwägungen erblicken die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine große Gefahr für die rein gewerkschaftlichen wie paritätischen Arbeitsnachweise.

Man erblickt in diesen Erwägungen, falls ein derartiger Entwurf Gesetzeskraft erlangen sollte, eine Art Besneidung der Freizügigkeit und Anebelung der Arbeiter. Man wird natürlich abwarten müssen, was aus der ganzen Sache herauskommt. Wir werden selbstverständlich immer für eine Verbesserung in der Arbeitsnachweisfrage zu haben sein, ebenso wie wir mit aller Entschiedenheit gegen eine Verjüngung kämpfen werden.

Die Furcht der sozialdemokratischen Gewerkschaften erscheint uns jedoch weniger aus der Sorge herauszukommen, daß die Erwägungen der Regierung eine Verschlechterung der Arbeitsnachweise herbeiführen könnte, als vielmehr aus dem bestimmten Gefühl, daß derartige Maßnahmen geeignet sind, ihnen die billigen Agitatoren zu rauben, und überhaupt mit den Monopolbestrebungen und dem ausgeübten Terrorismus zu brechen. Darüber sind wir uns klar, daß die heutige Form der Arbeitsnachweise keineswegs als ein Ideal von Seiten der Arbeiter angesehen werden kann, und die sozialdemokratischen Zeitungen und Fachblätter geben selbst zu, daß manches Verbesserungsbedürftig ist. Wir beurteilen ohne weiteres die

einseitigen Unternehmernachweise. Nach den Erfahrungen, die wir mit den angeblich „paritätischen“ Nachweisen gemacht haben, müssen wir gestehen, daß dieselben in ihrer großen Mehrheit eine Zuchianstalt der sozialdemokratischen Gewerkschaften bedeuten.

In Wort und Schrift haben wir das sogenannte Obligatorium bekämpft. Es liegt jetzt ein Jahr nach dem letzten großen Vertragsabluß im Holzgewerbe hinter uns, wo in dem bekannten Schiedspruch auch die Arbeitsnachweisfrage enthalten war; man kann ja heute im Zweifel sein, ob dieselbe durch den Freiherrn von Verleisch oder durch den gewaltigen Einfluß des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes auf den Arbeitgeberverband hineingekommen ist. Nach den trübsten Erfahrungen, welche wir gerade in der letzten Zeit in dieser Frage haben machen müssen, erscheint die Annahme des letzteren angebracht. Gerade Leipzig und Aachen sprechen hierzu eine berebete Sprache. In Aachen haben unsere Kollegen die Unterzeichnung des in vergangenen Jahre abgeschlossenen Vertrages davon abhängig gemacht, daß gleichzeitig mit dem neuen Vertrage die Einführung des von den Zentralvorständen ausgearbeiteten neuen Arbeitsnachweisreglements Platz greifen möchte. Dies lehnte der Arbeitgeberverband im Einverständnis mit dem Deutschen Holzarbeiterverband ab. Unsere Kollegen sagten sich nun, ehe wir uns noch weiter die Zuchtrute des alten Arbeitsnachweisreglements aufbinden lassen, verzichteten wir lieber auf den ganzen Vertrag. Hervorgehoben muß aber ganz besonders werden, daß unsere Kollegen sich stets bereit erklärten, den auf ihnen fallenden Teil der Unkosten für den Arbeitsnachweis zu tragen; der Kostenpunkt spielte also keine Rolle. Besonders erwähnenswert ist noch, daß in Aachen ein Teil der Arbeitgeber dem Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, der andere Teil dem Verband der Möbelindustriellen angehört. Für diesen letzten Verband ist der Vertrag zum 1. Mai d. J. gekündigt worden. Nach dem Vertrage, welcher zwischen dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband im vergangenen Jahre für Aachen abgeschlossen ist, darf letzterer mit keinem Arbeitgeberverband, also auch nicht mit dem Verband der Möbelindustriellen einen Vertrag abschließen, man will gewissermaßen dadurch sämtliche Arbeitgeber von Aachen in den Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe hineindrücken. Der sozialdemokratische Holzarbeiterverband hat durch die Abmachungen im Vertrage seine Hilfe zugesagt. Dafür hat er das Recht erhalten, sämtliche Gewerkschaften, sowie Andersorganisierte, von der Vermittlung des angeblich „paritätischen“ Arbeitsnachweises auszuschließen. Man erlebt hier eine sonderbare Auslegung des Wortes Parität. Der Vorsitzende des Arbeitgeberschutzverbandes von Aachen, Herr Rosenquist, legt nämlich das Wort dahin aus, daß der Arbeitsnachweis vom Schutzverband und vom Holzarbeiterverband verwaltet wird, demnach auch die Parität gewahrt ist. Er gibt zwar zu, daß der Zustand kein idealer ist, aber er meint, es ist alles Geschäft, und er müsse unter allen Umständen darauf bedacht sein, den Schutzverband zu stärken. Auf unsere Entgegnung, daß wir gegen eine Stärkung wohl nichts einzuwenden hätten, doch dürfe dies nicht auf Kosten unserer Mitglieder geschehen, gab er dann wohl zu, daß dies unmoralisch ist, jedoch möchte er keinen andern Rat, denn der Verband der Möbelindustriellen wolle nicht in den Schutzverband hinein, und wir sollten mitihelfen dahin zu wirken, dann ließe sich auch später über die Vermittlung reden. Man findet kaum genügend Worte der Entrüstung über ein derartiges Verhalten von Leuten, die sich so gerne in der breiten Öffentlichkeit als die hochkonzentrierten Männer, die großen Paritäten aufspielen. Wir sind wohl von Seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften an manchen jähren Terrorismus gewöhnt; daß man aber von einem Arbeitgeberverband gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband dazu übergeht, unsere Leute durch Nichtvermittlung brotlos zu machen, setzt doch allem bisher Dagewesenen die Krone auf.

Soher geht's wahrlich nimmer. Wir haben monatelang über diese Sache verhandelt; zweifelnd haben wir den Angaben unserer Mitglieder gegenübergestanden, weil wir so etwas nicht für möglich hielten, bis dann Herr Rosenquist die Angaben unserer Mitglieder nicht bloß bestätigte, sondern sein Vorgehen als richtig verteidigte, und in einer Anwendung von Ehrlichkeit zugab, mit Absicht die ganze Sache in die Länge gezogen zu haben. Wir haben uns nun gesagt, alles Verhandeln ist zwecklos, hier kann nur Stellung durch den Appell an die breite Öffentlichkeit kommen.

Wenn man sich diese Tatsachen alle vergegenwärtigt, wo nur einer der schweren Fälle an die Öffentlichkeit gezogen ist, welche Erbitterung muß es bei dem betreffenden Kollegen auslösen, wenn er sieht, wie hier Unternehmertum und Arbeiterschaft gegen diejenigen vorgehen, die sich noch nicht der Zuchtrute der Sozialdemokratie unterworfen haben, und wenn sich Männer der sozialpolitischen Bedeutung zur Aufgabe machen, eine Bessergestaltung der Arbeitsnachweisfrage herbeizuführen, so können wir dies nur mit Freuden begrüßen, und wir werden stets bereit sein, für eine Verbesserung mitzukämpfen.

Vom Geburtenrückgang.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Was ist geschehen, daß auf einmal die Fanfare ertönt: Geburtenrückgang! Nimmt Deutschland ab, werden pro Jahr weniger Kinder geboren, als wir Todesfälle haben? Nein! Der Geburtenüberschuß (Geborene abzüglich der Gestorbenen) betrug bis vor kurzem nahezu 900 000 jährlich.

Table with 4 columns: Year, Geborene, Gestorbene, Mehr geboren als gestorben. Data for years 1908, 1909, 1910.

Also fast um eine Million vermehren wir uns jährlich, und doch wird über Geburtenrückgang geklagt! Woher kommt dieser scheinbare Widerspruch? Einfach daher, daß man die absoluten und die relativen Zahlen nicht auseinander hält.

Um sich verständlicher zu machen, fügt der Statistiker den gefundenen Zahlen (Grundzahlen oder absoluten Zahlen) die Verhältnis- (oder relativen) Zahlen hinzu. Würde man nur die absoluten Zahlen veröffentlichen, dann wäre kaum von einem Geburtenrückgang gesprochen worden. Denn wir hatten im letzten Jahrzehnt durchschnittlich 2 Millionen Neugeborene. Setzt man aber die Zahl der jährlich Neugeborenen mit der jeweiligen Einwohnerzahl in Beziehung (wir erhalten so die relativen Zahlen), dann vorzieht sich die Sache etwas: In den Jahren 1876-1880 kamen auf je 10 000 Menschen in Deutschland 393 Lebendgeborene, im Jahre 1910 aber nur 298. Das ist ein Rückgang von rund 100 oder 25 v. H.

Rückgang der Geburten bedeutet in den hier erläuterten Sinne den Geburtenrückgang auf 1000 Einwohner berechnet. Die Geburtenhäufigkeit ist zurückgegangen, und zwar im Durchschnitt des Deutschen Reiches. Aber dieser Rückgang ist nicht etwa erst im Jahre 1910 zum ersten Male eingetreten. In den Jahren 1871-1880 wurden auf 1000 Einwohner im Durchschnitt des Deutschen Reiches je 40,7 Kinder geboren; in dem Zeitraum 1881-1890: 38,2; 1891-1900: 37,3; im Jahre 1910: 30,7 auf je 1000 Einwohner (einschließlich der Lebendgeborenen). Die Tatsache, daß sich die jährlichen Geburten pro 1000 Einwohner schon seit 1881 vermindern, muß man im Auge behalten.

Will man sich schnell über den jeweiligen Stand der Geburten orientieren, und sich ein allgemeines Bild davon machen, dann mag die Geburtenhäufigkeit (die Inbeziehungsetzung der Einwohnerzahl zu der Zahl der in einem Jahr Geborenen) oder die Geburtenziffer genügen. Sobald man aber die Ursachen kennen möchte, die bei dem Rückgang mitgewirkt haben, dann sollte der bessere Weg, die Zahl der gebärfähigen Frauen mit den Geborenen eines Jahres in Beziehung gesetzt, angewendet werden. Dabei wäre die Zahl der Verheirateten, der Ehescheidungen, der Wiederverheiratungen, zu berücksichtigen. Die stehende Zahl der Lehrerinnen, Post-

Lohnbewegung.

Zug ist fernzuhalten nach Breslau (Linschmann-Werke) Gera, Neuf (Pianosortefabrik von Späthe).

Literarisches.

Wie macht man sein Testament kostenlos selbst? Unter besonderer Berücksichtigung des gegenseitigen Testaments unter Eheleuten gemeinverständlich dargestellt, erläutert und mit Musterbeispielen

schmackvoller fester Mappe und sonstigem guten Material hat großen Beifall gefunden. Der geringe Preis von 6,50 M. entspricht nicht im entferntesten der Fülle des Inhalts im Text und in den zahlreichen Abbildungen. Dem ausführenden Praktiker, Zeichner, Architekten, auch Schulen und Behörden wird hier endlich ein abgeschlossenes Werk von den Ausstattungsgegenständen in Holz für Schulräume und Bureaus geboten, wie wir es noch nicht besitzen.

Bekanntmachungen des Rautvorstandes.

Zum Schluß sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist zur Höherversicherung für diejenigen Kollegen, welche über 40 Jahre (und nicht mehr wie 45 Jahre) alt sind, nur bis zum 1. März 1914 dauert.

Der Vorstand.

Zur Aushilfe

haben nachstehende Ortsverbände bzw. Verwaltungsstellen in der Zeit vom 1. Februar bis einschl. 28. Februar 1914

und Eisenbahnbeamten, die als solche nicht heiraten oder keine Kinder kriegen dürfen (sie werden entlassen in solchen Fällen), wäre mit in Rechnung zu stellen. Aber auch das bis zu einem gewissen Grade durch die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse aufgezwungene Stillstand mancher Privatbeamten ist ein Faktor, der bei der Betrachtung des Geburtenrückganges entsprechend gewertet werden sollte.

Nach den Ursachen des Geburtenrückganges (nicht zu verwechseln mit einem Bevölkerungsrückgang, von dem gar keine Rede sein kann) zu forschen, ist durchaus am Platze. Wir wollen nicht nur wissen, wohin die Fahrt geht, sondern auch, warum sie eine bestimmte Richtung einschlägt. Auch deshalb wollen wir Klarheit, weil manche den relativen Rückgang für eine Entartungserscheinung halten.

Sehen wir von Ausnahmen ab, so können wir nur unterstreichen, was der Abgeordnete Mugdan am 7. November 1912 ausgeführt hat. Er wies darauf hin, daß der Rückgang mit dem Eindringen der Frau in gewerbliche Berufe zusammenhänge, und auf den Selbstwillen zurückzuführen sei. Dieser Selbstwille sei aber keine Entfremdung unseres Volkes, sondern beruhe auf einer strengeren Auffassung der ehelichen Pflichten. Außer diesen beiden Faktoren aber trage unsere Wirtschaftspolitik ein gut Teil der Schuld. Durch die Preissteigerungen für Lebensmittel werden viele gezwungen, einmal Umchau zu halten, wo und wie gespart werden könne. Daß dabei auch die Frage der Beschränkung der Kinderzahl aufs Tapet kommt, weiß jeder, der sich in den verschiedenen Volkskreisen umgesehen hat.

In der vorerwähnten Sitzung des Hauses der Abgeordneten gab der Geh. Medizinalrat Dr. Kirchner zu, daß eine gewisse Beschränkung der Geburtenzahl von einer gewissen ethischen Bedeutung sei. Als er aber konstatieren zu müssen glaubte, daß der Geburtenrückgang nicht etwa im Westen von Berlin (wo die reichsten Leute wohnen) am größten sei, sondern im Osten, wo die Arbeiterbevölkerung wohne, da betrat er, mit Verlaub, einen Irrweg. Ich kenne zwar die genaueren Zahlen nicht, aber es will mir scheinen, daß man nicht einfach den Geburtenrückgang des Ostens den des Westens entgegengesetzt sollte. Eine Wohlhabenheit des Westens schlechweg gibt es nicht. Auch im Westen wohnen arme Leute, und im Osten wird es auch reiche geben. Worauf es hier ankommt, das ist, wie hoch die Geburtenziffer des Ostens und die des Westens ist; welche am meisten abgenommen hat. Wenn beispielsweise die Geburtenhäufigkeit des Westens schon in früheren Jahren geringer war, als die des Ostens, dann hat der Osten zwar mehr abgenommen, steht aber möglicherweise doch über der Geburtenhäufigkeit des Westens.

Sei dem, wie ihm wolle! Es gibt einen falschen Maßstab, dem ärmeren Osten den reicheren Westen entgegen zu halten. Die Verhältnisse dürfen miteinander nicht im gesamten verglichen werden, sondern es müßten auf beiden Seiten gleiche Wohlhabensschichten gebildet werden. Nicht Einkommen oder Vermögen im gesamten dürfen einander gegenübergestellt werden; denn nur Haushaltungen mit einer gewissen gleichmäßigen Wohlhabenheit geben eine vergleichbare Grundlage. Genauer: 200 Millionäre auf der westlichen Seite beeinflussen die Geburtenfähigkeit kaum, aber sie geben dem Westen den Ruf der Wohlhabenheit, und wenn noch so viel arme Teufel da wohnen.

Die Wohlstandstheorie (daß die Zahl der Kinder mit zunehmendem Wohlstand im allgemeinen abnimmt) wird besonders von Brentano und Lombert vertreten. Wenn sie auch in manchen Fällen durchbrochen wird, so beweist dies nichts gegen den Zug der Zeit und gegen die Gepflogenheiten ge-

wissen Gesellschaftsschichten unserer Zeit. Mit einer gewissen Einschränkung spricht auch Prof. Jul. Wolf der Wohlhabentheorie Berechtigung zu. Im Gegensatz zu Lombert betrachtet er eine geringere Kinderzahl als die Ursache des Wohlstandes. „Die Wohlstandstheorie ist nach alledem als Erklärungsversuch des Geburtenrückganges nur für eine ganz beschränkte gesellschaftliche Zone haltbar, im übrigen aber zweifellos zu verwerfen“. Wenn auf den unteren Stufen des Einkommens die Kinderzahl beschränkt werde, so sei dies weniger aus Gründen des Wohlstandes, als aus Gründen des engbegrenzten Einkommens. „So sind auch die Lehren (vor allem in der Stadt) und die der Beamten durch kleine Kinderzahl ausgezeichnet; sonderlicher Wohlstand ist aber hier, wie jedermann weiß, kaum zu Hause. Vielmehr ist nur eben die Sicherung der Existenz erreicht.“

Eine andere Frage ist, wie wirken die religiösen Gebote auf die Kinderzahl ein? Bekanntlich erklärt die katholische Kirche die Verhütung der Empfängnis durch künstliche Mittel als eine Todsünde. Ein strenggläubiger Katholik wird sich dem Gebot seiner Kirche fügen. Die Betonung liegt hier auf dem Worte strenggläubig. Wer die sogenannten Aukatholiken (oder schlechtweg die statistischen Katholiken, alles was in der Statistik als Katholik bezeichnet ist), solche, die nur dem Namen nach katholisch sind, innerlich aber mit der Kirche gebrochen haben, als Katholiken zählt, wird natürlicherweise hier zu falschen Ergebnissen gelangen. So ist es beispielsweise vollständig verfehlt, auf das katholische Frankreich im Zusammenhang mit seiner geringen Kinderzahl zu verweisen. Alle Welt weiß, wie es um den Katholizismus der Franzosen bestellt ist. Sie sind meist nur Namenskatholiken, sie müßten ausgeschlossen werden bei den Betrachtungen, welchen Einfluß die Religion auf die Kinderzahl ausübt.

An Beispielen, die beweisen, daß der gläubige Katholik sich dem Gebote seiner Kirche fügt, fehlt es nicht. Nur eines für viele. Der Kreisarzt J. Berger führte aus: „Bei meinen Studien über den Rückgang der Geburten ist mir aufgefallen, daß das gleichmäßige Dunkel des Geburtenrückganges in dieser oder jener Gemeinde, ja sogar in diesem oder jenem Stadtteil durch eine plötzliche Geburtenzunahme gestört wird. Ermittlungen ergaben, daß im Jahre vorher in dem betreffenden Orte die katholischen Missionen ihren segensreichen Einfluß ausgeübt hatten. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß dies die alleinige Ursache war; meine Beobachtungen wurden mit von erfahrenen Männern bestätigt.“

Auch bei den gläubigen Protestanten ist zu beobachten, daß sie von der künstlichen Beschränkung der Kinderzahl nichts wissen wollen. Im allgemeinen zeichnen sie sich aber nicht in gleichem Grade wie die Katholiken durch hohe und höchste Geburtenhäufigkeit aus. Wolf, der uns dies berichtet, fügt hinzu, die geringste Geburtenziffer habe der Athetismus, und eine Schrittmacharia des Athetismus sei die Sozialdemokratie.

Groß ist der Geburtenrückgang bei den Juden. Im Vergleich mit den Andersgläubigen ergibt z. B. das Jahr 1908, daß auf je 1000 geborene Personen in Preußen 34,22 Andersgläubige, aber nur 17,34 Juden kamen (also etwa die Hälfte). In Breslau war das Verhältnis (1906) ähnlich, ebenso in Böhern. Nur in Berlin war der Unterschied geringer: Andersgläubige 25,60, Juden 17,64. Dagegen sind die Verhältnisse in Oesterreich-Ungarn etwas besser, aber die Geburtenhäufigkeit der Juden ist auch hier geringer als die der Andersgläubigen. Der jüdische Schriftsteller Teichhaber schreibt in Arbeitrath dieses unglünstigen Verhältnisses: „Die Juden gehen daran zu Grunde, daß sie die sexuelle Frage nicht mehr zu lösen imstande sind. Teils aus individueller Nei-

gung, teils aus wirtschaftlichen Interessen, teils aus dem Mitleid heraus rationalisieren sie die ganzen Geschlechtsverhältnisse, führen sie in ihren Gedanken das reinste Zweifelhafte ein.“ Alle Folgen, alle Voraussetzungen unserer ungefunten Geschlechtsverhältnisse und Geschlechtsmoral finden sie bei den Juden.“ Entschuldigend für die Juden sei, daß sie diese Dinge nicht erfunden oder in Erbschaft genommen hätten; es seien dies Fragen, die über kurz oder lang auch den Bestand des deutschen Mittelstandes berühren werden. Etwas genauer drückt dies ein anderer Kenner (Kuppin, ebenfalls Jude) aus: „Die Juden sind gewissermaßen das Barometer für die übrige Bevölkerung, und zeigen Zustände, die bei der übrigen Bevölkerung erst in Zukunft zu erwarten sind.“

Stadt und Land sind ungleich an dem Rückgang (immer relativer Geburtenrückgang, nicht Bevölkerungsrückgang) der Geburtenhäufigkeit beteiligt: Die Stadt mehr als das platte Land. Man braucht aber in volkswirtschaftlichen Dingen nicht allzusehr bewandert zu sein, um zu wissen, daß die Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Stadt gegen eine starke Kinderzahl sprechen. Man wird auch hier gut tun, die Dinge mehr mit den Augen des soziologisch geschulten Nationalökonom anzugucken, als mit den Augen des Moralisten. Damit sind wir zu einer grundlegenden Frage des ganzen Themas gekommen. Wie sollen wir uns zu dem Verhältnis zur Einwohnerzahl zurückgehenden Geburtenhäufigkeit stellen? Bei einer so heiklen Sache werden gesetzliche Verbote wenig helfen. Ist es überhaupt angebracht, dahin zu wirken, daß die Geburtenhäufigkeit wieder einen höheren Stand erreicht?

Lange Zeit malte man das Gespenst der Uebersättigung an die Wand. Die Menschen vermehren sich stärker als ihre Unterhaltungsmittel, deshalb rief man: Haltet ein in der Kinderzeugung, sonst gehen wir einem Ende mit Schreden entgegen. Heute denkt man an das Gegenteil: Ans Aussterben, weil es am Nachwuchs fehlt. Uebereinstimmend gehen wir dort, wie hier zugrunde, und das Eigentümliche dabei ist: Einmal an der Uebersättigung und das andere Mal an Unterversättigung. Dabei wird vergessen, daß es noch ein Drittes und ein Viertes gibt: Die Erhaltung einer bestimmten erreichten Höhe (Konstanz des Organischen) und Wechsel zwischen Uebersättigungs- und Unterversättigungstendenzen.

Es gibt ein Mittel, das uns vor allzugroßem Rückgang und vor Untergang bewahrt. Der Oesterreicher Goldscheid hat es uns verraten: Menschen-schutz! Gemäß, auch heute gibt es Maßnahmen, die geeignet sind, Menschen zu schützen; aber diese Maßnahmen bewegen sich auf grundsätzlich falschen Bahnen. Sie beugen zumest nicht vor, und ihre Wirksamkeit ist fraglich, weil sie meist erst kommen, wenn der Schaden nicht mehr voll gut gemacht werden kann. Wir müssen dahin kommen, daß wir ebenso Menschenamortisation treiben, wie wir Sachamortisation treiben. Wir treiben vielfach Raubbau mit dem kostbaren Menschen; dagegen müssen wir uns wenden, daß nur das als produktiv angesehen wird, was Profit abwirft; daß der Mensch in möglichst wenig Jahren verbraucht wird. Schutz dem Menschen, damit er längere Zeit arbeitsfähig bleibt, daß das in ihm investierte Kapital auch abgetragen werden kann! Mit allen Mitteln der heutigen ärztlichen Wissenschaft wollen wir die Sterblichkeit zu vermindern suchen, Frauenpflege treiben (gesunde Frauen heranzuziehen trachten, Schwangeren-Fürsorge und Mutterschutz, sowie Säuglingspflege in erhöhtem Maße treiben), auf Kindererziehung und Kinderfürsorge viel mehr als heute bedacht sein. Daran müßte sich eine systematische Pflege der Arbeitskräfte anschließen; kurz das, was einmal an kostbaren Menschen vorhanden ist, hegen und pflegen, damit

Neue Patente auf dem Gebiete der Holzbearbeitung.

(Zweite Hälfte 1913 bis Mitte Januar 1914.)

II.

Es sind Zug-, Schleif- und Poliermaschinen zur Holzbearbeitung bekannt, die mittels eines Kugel- oder kugelförmigen Gelenkes pendelnd aufgehängt und leicht verstellbar sind, und bei denen das Werkzeug — Zug-, Schleif-, Polier- oder — wegen der Anordnung mittels Antriebsrollen an der Welle mit seiner Arbeitsfläche dem Werkstück parallel geführt werden kann. Es ist auch eine neu, derartige Maschine mit teleskopartig ausgebauten Antriebsrollen für das Werkzeug als Zylinder, und die Antriebsrollen mit einem Elektromotor zu kuppeln. Patentiert wurde nun eine „Zug-, Schleif- und Poliermaschine zur Holzbearbeitung“ (266 724, v. Strang in r. Mainz-Pombach), welche eine besondere Verbindung der teleskopartigen Antriebsrollen mit dem Elektromotor darstellt. Im wesentlichen charakterisiert sich die Anordnung durch folgende Einrichtung: Es wird das äußere Ende der Antriebsrollen mit dem Motorgehäuse verbunden, während das innere Ende mit der Motorwelle mittels einer kugelförmigen Welle verbunden ist. Das äußere Ende ist dann also als Schwinge für den sich drehenden inneren Teil der Antriebsrollen.

Aus der Konstruktion, welche sich auf das Drehen, Drehen, Drehen und auf Umverfälschung beziehen, ist eine neue Erfindung erwähnt. Die eine heißt die „Drehmaschine“ (266 854, I. Tegmayer in S. Leipzig). Es handelt sich hier um einen Apparat, bei dem die Holzstücke durch Walzen am

Wälzmesser vorbeigeführt werden, und bei welchem der die oberen Walzen einschaltende Rahmen um eine horizontale Achse aufklappbar und mittels Gewindepindeln in der Höhenrichtung verstellbar ist. Das Besondere der Erfindung besteht hierbei aber darin, daß das Wälzmesser auf der oberen Abdrängung einer Wand liegt. Dadurch wird es möglich, daß es bei aufgeklapptem Dargestell nachgeschliffen werden kann, ohne daß man es aus der Maschine nimmt.

Die andere der in diese Abteilung gehörenden Neuerungen ist eine „Kombinierte Abtrieb- und Dichtenbohrmaschine“ (267 991, Stall und G. G. in Leipzig). Solche Kombinationen sind vorwiegend für den Kleinbetrieb bestimmt, und es besteht die Eigentümlichkeit der beiden Maschinen darin, daß sich bei der Abtriebmaschine die Messerwelle unter dem Tisch befindet, wogegen sie bei der Dichtenbohrmaschine oberhalb des Tisches gelagert ist. Alle bekannten Ausführungsformen dieser Kombinationen zeigen nun den Mangel, daß sie nur auf umständliche Weise aus der einen Gebrauchslage in die andere gebracht werden können, und daß sie außerdem — mindestens in einer Gebrauchslage — die Spannarbeit erschweren. Es sind nun verschiedene Wege zur Beseitigung dieser Mängel eingeschlagen worden, und wieder ein neuer wurde bei der genannten Maschine betreten. Sie sucht das Problem einer zweckmäßigen Kombination mit nur zwei Tischhälften zu lösen, die von einem gemeinsamen, senkrecht verstellbaren Schlitzen getragen werden, so daß beide Tischhälften je nach Bedarf entweder über oder unter die Messerwelle bewegt werden können. Infolgedessen wird der Spanabzug in keiner Stellung ungenügend beherrscht. Die rasche Einstellung in die eine oder

andere Gebrauchslage kann dabei durch Venler begünstigt werden, welche die Tischhälften mit dem senkrecht verstellbaren, gemeinsamen Schlitzen verbinden.

Fahrbare Gatterfägen, bei welchen das Gatter mit der notwendigen Vertikalführung und dem Kurbelantrieb auf einem Fahrgestell angeordnet sind, sind bereits bekannt. Um nun bei diesen fahrbaren Gatterfägen, bei welchen durch die hin- und hergehende Bewegung des Gatters ziemlich erhebliche Massenträfte auftreten, die zu einem störungsfreien Betrieb notwendige Stabilität zu erhalten, war es notwendig, das Fahrgestell ziemlich schwer auszuführen. Damit war jedoch der Nachteil verbunden, daß solche fahrbaren Gatterfägen nur schwer transportiert werden konnten. Außerdem war auch der notwendige Materialaufwand verhältnismäßig groß, und die Kosten erreichten eine beträchtliche Höhe. Diese Mängel will eine jüngst patentierte „Fahrbare Gatterfägen“ (266 803, W. G. in P. P. in P. P.) vermeiden. Es wird dies dadurch angestrebt, daß im Fahrgestell mehrere Behälter so angeordnet und ausgebildet sind, daß dieselben an der Gebrauchsstelle zwecks Erzielung der notwendigen Stabilität mit Steinen oder ähnlichem Material angefüllt werden können, welches man dann vor dem Transport ausschüttet.

Von den bekannten Schweiß- und Desuprierfägen mit zwangsläufig drehbarem Sägeblatt unterscheidet sich eine „Schweiß- und Desuprierfägen“ (265 550, F. Anders in S. S. in S. S.) dadurch, daß die Drehbewegung der Sägeangeln — kurz gesagt — von dem um das Sägeblatt als Achse drehbaren Arbeitsstück aus mittels Kettengetriebe erfolgt. Bei dieser Anordnung fällt das Perumschwenken des Werkstückes fort.

Er scheint wöchentlich einmal: Freitags. Anzeigen: Die fünfgepaltenen Zeitzeile 40 Hg. Für die Druckerei 10 Hg. Im Abonnement nach Vereinbarung. Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Woche

Monument bleistiftlich 1.-Mark bei jedem Postamt und in der Expedition. Eingetragen in der Post-Betriebspreisliste. Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Weißwasserstr. 221/223.

Die auch in Wirklichkeit die anhaltendsten und größten Leistungen vollbringen können. Menschenvergeudung ist es, wenn von 15 Kindern nur 2 oder 3 zu gesunden und arbeitsfähigen Menschen herangezogen werden. Nicht die Zahl der Neugeborenen, nicht die größere Geburtenhäufigkeit, entscheidet die Ueberlegenheit eines Volkes über das andere. Die Qualitätsmenschen schlagen die Quantitätsmenschen. Die Kräftigeren, Gesünderen, Arbeitsfreudigeren, Intelligenteren, die sich zu halten verstehen, besiegen die weniger gut Instandgesetzten. Zum Sammern liegt kein Anlaß vor, aber zum wirksameren Menschenkultus weisen die Zeiger der Uhr hin. Er allein vermag uns auf dem wünschenswerten Niveau zu halten. F. B.

Ein Blick hinter die Kulissen des Deutschen Holzarbeiterverbandes (Zahlstelle Bromberg).

Die Sozialdemokratie veranstaltet demnächst eine „rote Woche“. Bei solchen „roten“ oder „weißen Wochen“ werden besondere Artikel preiswert angeboten, um Kunden heranzuziehen, wie man es täglich in den großen Warenhäusern sieht. Auch der Deutsche Holzarbeiterverband Bromberg, welcher gesinnungsverwandelt mit der Sozialdemokratie ist, hat bereits eine weiße Woche veranstaltet und dabei sein Hauptaugenmerk auf die Mitglieder der Evangelischen Arbeitervereine gerichtet. Es ist ihm auch gelungen, ein solches Mitglied zu kapern. Das Mitglied gehörte über vier Jahre dem Arbeiterverein an. Man versprach ihm, seine ganze Mitgliedschaft bei dem Evangelischen Arbeiterverein als Mitglied beim Holzarbeiterverband anzurechnen, so daß er sofort alle Rechte und Pflichten eines alten Mitgliedes erhalte.

In den Satzungen des Holzarbeiterverbandes steht unter:

§ 8. Mitglieder derjenigen ausländischen Verbände, welche der Internationalen Union der Holzarbeiter angeschlossen sind, werden, sobald sie in Deutschland in Arbeit treten, ohne Beitritts-geld aufgenommen. . . . Solchen übergetretenen Mitgliedern werden die Beiträge, welche sie an die ausländische Organisation geleistet haben, in der Weise angerechnet, daß etwaige niedrigere Beiträge auf die Höhe des Beitrages des Deutschen Holzarbeiterverbandes umgerechnet, gleich hohe oder höhere Beiträge dagegen in voller Zahl übertragen werden.

§ 10. Ein Uebertritt aus anderen deutschen Gewerkschaften ist nur im Ausnahmefalle gestattet. Die Entscheidung obliegt in solchem Falle dem Verbandsvorstand, welcher zugleich auch über die Karenzzeit für den Bezug von Unterstützungen zu bestimmen hat.

Trotz der festgelegten Satzungen versprach man dem Mitglied ganz besondere Ausnahmerechte, um es als Lokartikler bei der „hülflosen roten Woche“ anpreisen zu können. Das Mitgliedsbuch vom Evangelischen Arbeiterverein wurde an den Hauptvorstand nach Berlin geschickt, um über die Anrechnung der beim Evangelischen Arbeiterverein geleisteten Beiträge zu entscheiden. Als das neue Mitgliedsbuch dem Mitgliede ausgehändigt wurde, sah es, daß es ganz gewaltig betrogen war. Nicht die vollen Beitragswochen (über 200) hat man ihm gutgeschrieben, sondern nur 26 Wochen. Sofort erklärte der Betroffene, daß er unter diesen Umständen auf die weitere Mitgliedschaft beim Holzarbeiterverband verzichte. Der Bezirksbeamte tröstete jedoch das zur weiteren Agitation unentbehrlich gewordene Reklamemitglied und versprach, dafür zu sorgen, „daß der Hauptvorstand die Beiträge voll anrechnen würde“. Das Buch wurde angeblich zum zweiten Male nach Berlin geschickt und siehe da — jetzt waren statt 26 Wochen 204 Wochen gutgeschrieben. Das ist ein Agitationsmittel, mit solcher Reklame konnte man getrost auf den Gang neuer Mitglieder gehen. Das kann keine andere Organisation nachmachen. Aber für die rote Woche mußte das Lokmittel noch ganz besonders ausgeputzt werden. In jedem Schächergeschäft erhält der Käufer bei Einkauf von 5 M. noch extra ein Geschenk in Gestalt eines Paares Holzpantoffeln, eines Schlipses, sogar eine richtig gehende Taschenuhr gibt es. Was solche Schleudererträge können, kann der Deutsche Holzarbeiterverband, Zahlstelle Bromberg, auch. Nun hat der Bromberger Bezirksbeamte des Holzarbeiterverbandes seine Uhren, Schlipsse oder Holzpantoffeln auf Lager, dafür zahlt er aber für 250 M. geleistete Beiträge 15 M., in Worten fünfzehn Mark, in bar. Bei solcher Freigebigkeit kann keine andere Konkurrenz mehr bestehen. Der Christliche Holzarbeiterverband und der Gewerkschaften der Holzarbeiter Deutschlands, S.-D., können ihr Bureau schließen, denn sicherlich werden ihre Mitglieder jetzt alle in besten Scharen zum großen „Leufchen“ laufen. Selbst Wolf Weigelt-Verlag kann eine solche Konkurrenz nicht ertragen und muß sich seinem Schicksal ergeben.

Aber es kommt noch heftiger. Die 15 M. müssen doch irgendwo untergebracht werden, denn es erhält sich damit folgendermaßen: Nachdem das Mitglied fünf Wochen dem Holzarbeiterverband angehört, starb ihm ein Kind gleich nach der Geburt. Vom Evangelischen Arbeiterverein hatte er laut Satzungen einen Anspruch auf Zahlung von 15 M. Sterbegeld. Im Holzarbeiterverband wollte das Mitglied nicht mehr bleiben, weil es in einer Ver-

sammlung wahrgenommen hatte, daß der ihm völlig neutral geschilderte Verband mit der Sozialdemokratie eins sei. Es verlangte deshalb sein Mitgliedsbuch vom Evangelischen Arbeiterverein wieder zurück, angeblich, um die Sterbeunterstützung zu erhalten. „Über bitte, lieber Kollege, was der Arbeiterverein kann, das können wir auch. Wir zahlen dir auch 15 M. Sterbegeld.“ Das war die Antwort auf dem Bureau des Bezirksbeamten der Zahlstelle Bromberg. Nun steht in den ganzen Satzungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes nichts von Sterbeunterstützung für Kinder. Aber der Deutsche Holzarbeiterverband hat tüchtige Beamte, die sich in jeder Situation zu helfen wissen. Der sozialdemokratische Parteilehrer Kautsky prägte bekanntlich den Satz, daß man seinen Gegnern gegenüber nicht zur Wahrhaftigkeit verpflichtet sei. Der Bromberger Bezirksbeamte des Deutschen Holzarbeiterverbandes sagte sich mit Recht: Was dem Gegner recht ist, ist für meinen Hauptvorstand schon lange recht und für mich billig. Also 15 M. soll das Renommiermitglied erhalten. Die Bromberger Lokalkasse hat nicht soviel Geld; was ist da einfacher, als man teilt den Schmerz. Die Lokalkasse zahlt 6 M., der Hauptkasse werden 9 M. in Gestalt von Arbeitslosen- und Reisenunterstützung ausgebrannt. Diese 9 M. stellen nach den gutgeschriebenen Beiträgen den Betrag für 6 Tage à 1,50 M. Arbeitslosenunterstützung dar. Der Hauptvorstand kann natürlich nicht wissen, daß das Mitglied gar nicht arbeitslos war. Zu den 15 M. wurden aber nochmals besondere Rabatimarken gewährt in Gestalt freier Abstempelung zweier Wochenbeiträge. Mein Liebchen, was willst du noch mehr. Bei der Eintragung der 15 M. ins Mitgliedsbuch beging man eine weitere Fälschung, indem die 6 M. Unterstützung mit dem Datum des 18. Februar, die 9 M. Unterstützung mit dem Datum des 28. Februar verfaßt, trotzdem die 15 M. auf einmal am 18. Februar gezahlt wurden. Daß die falsche Datierung kein Verbrechen ist, beweist die Abstempelung der Arbeitslosenbeiträge für die Zeit vom 15. bis 28. Februar, welche ebenfalls am 18. Februar vorgenommen wurde, trotzdem das Mitglied — wie schon erwähnt — gar nicht arbeitslos war.

Unsere Mitglieder mögen sich selbst ein Urteil bilden über die Geschäftsmannipulationen im Deutschen Holzarbeiterverband. Nur eins wolle man beherzigen: das neu gewonnene Mitglied des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, das man als Lokartikler für die rote Woche für besonders geeignet hielt, hat einen solchen Stel über die bei ihm vorgenommenen Schiebungen der Bromberger Genossen bekommen, daß er selbst zu der Ueberzeugung kam: zu solchen Leuten, die mit den unehrlichsten Mitteln arbeiten, gehörst du nicht, und verzichtete auf die weitere Mitgliedschaft.

(Nordostdeutsche Arbeiterzeitung.)

■ Rundschau. ■

Arbeitsmarkt. In fast allen Zweigen der Verfeinerungsindustrie macht sich gegenwärtig ein frischerer Zug bemerkbar. Im Bekleidungs-gewerbe gehen die Aufträge wieder lebhafter ein. Dies wirkt unmittelbar zurück auf die Textilindustrie. Die Stimmungsberichte aus den Textilzentren sind sämtlich auf einen zuberstärkenden Ton gestimmt. Allen-halben gehen für Sommerartikel noch zahlreiche Nachbestellungen ein. Besonders günstige Nachrichten liegen bisher vor aus der sächsisch-thüringischen Wolle- und Baumwollindustrie sowie aus der schließlichen Leinenindustrie. Auch aus Westdeutschland wird eine kräftige Belebung des Geschäftsganges gemeldet. Die relativ günstigen Resultate, die von den Geschäftsreisenden auf ihrer Frühjahrstour bisher erzielt wurden, sowie die ziemlich rege Nachfrage auf Seiten der Einkäufer berechtigt zu der Hoffnung, daß auch in anderen Branchen, wie z. B. Bijouterie, Leder- und Portefeuillewaren bald wieder eine lebhaftere Konjunktur einsetzen wird. Die von den Fertigungsfabriken ausgehende Erholung wirkt natürlich zurück auf die Rohstoffgewinnung und -bearbeitung. Vor allem dürfte auch der Wachs-finnenmarkt sehr bald davon profitieren. An den Eisenmärkten geht es ebenfalls wieder aufwärts. Der Ruhrkohlenmarkt zeigt allerdings noch eine bemerkenswerte Ermattung, doch dürfte auch hier bald wieder eine regere Nachfrage einsetzen. Für die Bautätigkeit ist es von großer Bedeutung, daß Hypothekengelder jetzt schon in größerem Umfange, wenn auch noch zu relativ hohen Sätzen, angeboten werden. Für den deutschen Arbeitsmarkt sind die hier kurz skizzierten günstigen Perspektiven natürlich von allergrößter Bedeutung. Dem Meer der Arbeitslosen winkt ein Hoffnungsstimmer. Freilich wird die jetzt ganz abnorm große Arbeitslosigkeit nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen sein. Für die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen wäre eine Kur-Lösung der gewerblichen Beschäftigung zweifellos von erheblichem Wert. Es sind hier große Schäden auszumergen. Darf die wochen- und monatlange Arbeitslosigkeit ihres Ernährers sind zahlreiche Arbeiterfamilien sehr zurückgenommen. Die Ausgaben für Bekleidung und Ernährung mußten auf ein Minimum beschränkt werden. Wo aber der Schmalhans Küchenmeister ist, da stellen sich sehr bald Krankheiten und sonstiges Elend ein. Am großstädtischen Arbeitsmarkte wird sich vorläufig noch keine durchgreifende Entlastung einstellen. Hier ist

das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ein derartig ungünstiges, daß eine leichte Hebung des Beschäftigungsgrades noch keine umfassende Besserung bringen kann. Deshalb muß besonders für die unverheirateten Arbeiter die Parole gelten: „Hinaus in die Provinz!“ Arbeitsnachweise, Gewerkschaften usw. müssen in diesem Sinne aufklärend wirken und die Abwanderung der überflüssigen Arbeitskräfte zu fördern suchen. Die Konzentration des Angebots am großstädtischen Arbeitsmarkte löst einen derartig starken Druck auf das Lohnniveau aus, daß dieser Uebelstand nicht energisch genug bekämpft werden kann.

Die Wahlen zu den Versicherungsbehörden. Nach § 13 Abs. 3 der RVO. sind zu den Organen der Versicherungsträger nicht wählbar Mitglieder einer Behörde, die Aufsichtsbefugnisse über einen Versicherungsträger hat. Werden Mitglieder der Organe in eine solche Versicherungsbehörde gewählt, werden sie aus den Organen ausgeschlossen müssen. Nun ist die Vorschrift des § 13 Abs. 3 nicht so klar, daß nicht Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen könnten, ob sie sich nur auf die beamteten Mitglieder dieser Behörden oder auch auf die aus den Kreisen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber gewählten Mitglieder bezieht. Die Kommentare sind hierüber geteilter Meinung. Das Versicherungsamt der Stadt Leipzig hat sich in einer jetzt ergangenen Entscheidung auf den Standpunkt gestellt, daß Mitglieder des Ausschusses oder Vorstandes einer Krankenkasse nicht als Versicherungsvertreter gewählt werden können.

Die bezügliche Entscheidung lautet in ihren wesentlichen Zellen:

Nach Ansicht des unterzeichneten Versicherungsamtes, die auch vom hiesigen königlichen Oberversicherungsamte als zutreffend anerkannt worden ist, und insbesondere von Oshausen in seinem Kommentare und von Horn in seinem Handbuche vertreten wird, sind als Mitglieder einer Behörde, die Aufsichtsbefugnisse über die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig ausübt, nicht nur die ständigen Mitglieder des Versicherungsamtes, des königlichen Oberversicherungsamtes und des Reichsversicherungsamtes anzusehen, sondern auch die Versicherungsvertreter des Versicherungsamtes, die Vorsitz der Oberversicherungsamtes und die nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes. Denn auch diese sind Mitglieder der nach §§ 30, 377, 61, 83, 1792, 1797 der Reichsversicherungsordnung Aufsichtsbefugnisse über die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig ausübenden Ämter und, insofern als sie in Beschlüssen bei ihren Entscheidungen (Entscheidungen, Anordnungen, Verfügungen) mitwirken haben, bzw. nach Ermessen des entscheidenden Amtes zugezogen werden können, an der Aufsichtsführung über die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig beteiligt. Es würde sonach, wenn Versicherungsvertreter, Vorsitz und nichtständige Mitglieder des Reichsversicherungsamtes zugleich als Mitglieder der Organe der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig zugelassen wären, die Möglichkeit einer Beeinträchtigung vorliegen, der im Interesse der Unparteilichkeit der Aufsichtsbehörden durch Aufnahme der Bestimmungen im § 13 Abs. 3 RVO. eben vorbeugt werden soll.

Ob die Auffassung der Versicherungsamtes Leipzig überall von den höheren Instanzen gebilligt wird, steht dahin. Es empfiehlt sich jedoch, bei den nun bevorstehenden Wahlen zu den Versicherungsämtern nicht Vorstands- und Ausschussmitglieder einer Krankenkasse als Versicherungsvertreter in Vorschlag zu bringen, damit sie nicht späterhin aus diesen Organen auszuschließen brauchen. Es sei denn, daß man es darauf ankommen lassen will.

Der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände unter Leitung seines Vorsitzenden, Baumetzlers L. Popp-Mürnberg, hielt in den Kammerräumen zu Berlin seine 2. ordentliche Bundesversammlung ab. Dem Bund gehören Arbeitgeberzentralverbände an, deren Mitglieder rund 700 Millionen Mark Löhne im Jahre auszahlen. (Hochbaugewerbe 360 Mill., Tiefbaugewerbe 145 Mill., Holzgewerbe 70 Millionen, Malergewerbe 60 Mill., Klempnergewerbe 25 Mill., Dachdecker-gewerbe 10 Mill., Stuckgewerbe 15 Mill., Steinfeger-gewerbe 25 Mill.) Es konnte mit Befriedigung festgestellt werden, daß sich nach dem Vorbild des Reichsbundes und auf dessen Anregung im vergangenen Jahre in zahlreichen größeren Städten örtliche Kartelle des Baugewerbes mit den Baunebenberufen gebildet haben, die ebenfalls als ihre Aufgabe die Förderung der gemeinsamen Arbeitgeberinteressen betrachten. Der Bundesversammlung wurde von der Geschäftsstelle eine Denkschrift über „Die Erneuerung der Tarifverträge im Baugewerbe und in den Baunebenberufen im Jahre 1913“ vorgelegt, die zu einer Erörterung über die wichtigsten Lehren aus der letzten Tarifbewegung Veranlassung gab. Im übrigen hatte sich die Bundesversammlung nach der Tagesordnung mit Verwaltungs- und Fachangelegenheiten — u. a. auch mit der Sicherung der Bauforderungen — zu beschäftigen.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 11. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig

Vorbereitung.

Zug ist fernzuhalten nach Breslau (Vinkhofmann-Werke) Gera, Neuf (Pianosortefabrik von Späthe).

Literarisches.

Wie macht man sein Testament kostenlos selbst? Unter besonderer Berücksichtigung des gegenseitigen Testaments unter Eheleuten gemeinverhändlich dargestellt, erläutert und mit Musterbeispielen

schmackvoller fester Mappe und sonstigem guten Material hat großen Beifall gefunden. Der geringe Preis von 6,50 M. entspricht nicht im entferntesten der Fülle des Inhalts im Text und in den zahlreichen Abbildungen. Dem ausführenden Praktiker, Zeichner, Architekten, auch Schulen und Behörden wird hier endlich ein abgeschlossenes Werk von den Ausstattungsgegenständen in Holz für Schulräume und Bureaus geboten, wie wir es noch nicht besitzen.

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.

Zum Schluss sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist für die Herabsetzung der Beiträge für die nächsten 40 Jahre (und nicht mehr wie 45 Jahre) alt sind, nur bis zum 1. März 1914 dauert.

Der Vorstand.

Zur Aushilfe

haben nachstehende Ortsvereine bzw. Verwaltungsstellen in der Zeit vom 1. Februar bis einschl. 28. Februar 1914 folgende Aufträge erhalten:

Aus den Ortsvereinen.

Bremen. (Jahresbericht des Sekretariats der Deutschen Gewerkschaften.) Am Sonntag, den 1. März, tagte in Bremen die Konferenz des Sekretariats. Als Vertreter des Zentralrats nahm an der Konferenz der Kollege L. Lewin-Werlin teil. Der Jahresbericht des Sekretariats, der vom Arbeiterssekretär G. Meschkat gegeben wurde, ergab ein erfreuliches Bild über die Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaftsbewegung an der Wasserfront. Versammlungen haben im verfloßenen Jahre insgesamt 353 stattgefunden. Von diesen waren 253 Mitglieder, 24 öffentliche und 56 Werkstattversammlungen. An Verhandlungen mit Arbeitgebern fanden 20 statt. An Lohnbewegungen waren die Gewerkschaften 16 mal beteiligt. Von diesen verliefen mit vollem Erfolg 6, mit teilweisem Erfolg 2 und ohne Erfolg 8. An den Bewegungen waren insgesamt 232 Gewerkschaftskollegen beteiligt, von welchen 153 im Streik gestanden haben. Für die beteiligten Arbeiter wurde eine jährliche Arbeitszeitverkürzung von 118 500 Stunden und eine Lohnerhöhung von 172 700 M. erzielt. Die schriftlichen Arbeiten waren ebenfalls sehr umfangreich. Eingänge waren zu verzeichnen 59, Pakete 26 und Telegramme 23. Einladungen usw. wurden auf dem Bureau 7685 angefertigt. An die Fach- oder Tagespresse wurden 83 Artikel eingesandt. Flugblätter wurden 53 000 verteilt. Vertretungen an Gerichten wurden in 14 Fällen übernommen und den Kollegen hierdurch 2320 M. zurückerstattet. Durch unseren Arbeitsnachweis wurde 288 Kollegen Arbeit nachgewiesen. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich ebenfalls günstig. Es war eine Zunahme von 179 zu verzeichnen. Neugegründet wurde ein Ortsverein der Fabrikarbeiter in Begeled. Der Terror, der von den sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen unsere Mitglieder ausgeht, macht es auch im verfloßenen Jahre notwendig, gegen einige „Genossen“ gerichtliche vorzugehen und wurden dieselben zu je 50 M. Geldstrafe verurteilt. Bei den sozialen Wahlen hatten wir überall, wo wir uns daran beteiligt haben, gute Erfolge zu verzeichnen. Die Klassenverhältnisse haben sich ebenfalls günstig entwickelt. Einer Einnahme von 6518,37 M. steht eine Ausgabe von 6400,88 M. gegenüber, so daß am Jahresabschluss ein Kassenbestand von 117 49 M. zu verzeichnen war. In der sich dem Jahresbericht anschließenden Diskussion kam die allseitige Uebereinstimmung dahingehend zum Ausdruck, daß auch im laufenden Jahre so gearbeitet werden müsse, damit wir am Jahresabschluss ebenfalls befriedigt sein können. Nach Erledigung noch einiger anderer Punkte erhielt sodann Kollege Lewin das Wort zu seinem Vortrag über „Koalitionsrecht und Arbeitsschutz“. Nach einer kurzen Diskussion, die sich an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag angeschlossen wurde, nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Bezirkskonferenz des Arbeiterssekretariats Bremen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie verurteilt aufs schärfste die Bestrebungen auf Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter und spricht die Erwartung aus, daß die gesetzgebenden Körperschaften allen darauf bezüglichen Plänen energischen Widerstand entgegenzusetzen. Die Versammlungen sind der Meinung, daß ein Ausbau und eine Sicherung des Koalitionsrechts notwendig sind in dem Sinne, daß § 152 Abs. II und § 153 der Gewerbeordnung beseitigt werden, den Landarbeitern das Koalitionsrecht gegeben wird und Vorkehrungen getroffen werden, daß die Arbeiter nicht an der Ausübung des Koalitionsrechts durch die Unternehmer gebindert werden können.“

Nachmittags um 5 Uhr konnte die Konferenz, die wiederum Zeugnis davon abgelegt hat, daß die Gewerkschaftsbewegung an der Wasserfront mehr erstarke, mit einem begeistert aufgenommenen Beschluß auf unsere Bewegung geschlossen werden.

Danzig. In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung am 14. Februar hielt unser Bezirksleiter, Kollege Wroczykowski, einen Vortrag über „Koalitionsrecht und Arbeitsschutz“. Redner führte aus: Trotdem wir noch kein Koalitionsrecht im Sinne des Wortes, sondern nur eine Koalitionsfreiheit haben, versucht man immer wieder, Sturm gegen dieselbe zu laufen. Besonders sind es die Konservativen, welche fortgesetzt Anträge an den Reichstag stellen, um die Rechte der Arbeiter zu schmälern. Redner ersucht, die Organisation zu stärken, damit jetzt und in der Zukunft alle Angriffe der Arbeiterfeinde abgeschlagen werden können. Im Anschluß hieran verliest Kollege Wroczykowski den Kassenabschluss pro 1913. Die Gesamteinnahme des Ortsvereins betrug 9151,76 M., die Ausgabe 6573,80 M. Durch die schlechte Konjunktur war die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung besonders hoch; dieselbe betrug allein im verfloßenen Jahre 1278,75 M. Viele Kollegen sind hierdurch vor der größten Not geschützt worden. — Am Schluß des vergangenen Jahres legte unser langjähriger Kassierer, Kollege Horn, aus Gesundheitsrücksichten sein Amt nieder, welches er 18 Jahre gewissenhaft verwaltet hat. Man kann Kollegen Horn wohl als ein Muster in der Kassenführung bezeichnen. Daher veranstaltete unser Ortsverein am 28. Februar zu Ehren dieses Kollegen eine eintrachtvolle Feier, zu der sich die Kollegen mit ihren Damen überaus zahlreich eingefunden hatten. Die „Niederstufe“ brachte einige mit Beifall aufgenommene Gesänge zum Vortrag, worauf Kollege Wroczykowski mit Worten der Anerkennung für die Verdienste des Kollegen Horn demselben ein vom Hauptvorstand gestiftetes Diplom überreichte. Den jüngeren Kollegen möge dieses alibewährte Mitglied stets ein Vorbild sein.

Otto Graß, Schriftführer.

Greifswald i. P. Einen schönen Erfolg haben unsere Gewerkschaftskollegen am Orte zu verzeichnen, indem unser Mitglied, der Kollege Ernst Drews, gleichzeitig Ortsverbandsvorsitzender, zum Stadtoberordnenen in das Bürgerkollegium gewählt worden ist. (Bravo!)

Großenhain. Die Geschäfte des Ortsvereins der Holzarbeiter im Jahre 1913 wurden erledigt in 14 Ausschusssitzungen und 12 Monatsversammlungen. Außerdem fanden mehrere Werkstattversammlungen der Arbeiter der Firma Emil Kirchner wegen dem seit 1. Juli 1913 in Kraft getretenen neuen Tarif statt. Als besonders wichtige Punkte sind zu erwähnen: die Gründung einer Jugendabteilung, welche zurzeit circa 34 aktive Mitglieder zählt; die Statutenrevision, wobei unser Vorsitzender, Kollege Pätzig, als Kandidat aufgestellt war, aber im letzten Moment durch Aufstellen einer Gegenliste mit 34 Stimmen unterlag; die Ausschusswahl zur Ortskrankenkasse am 17. bis 21. November. Die Kasse befand sich bisher in Händen der freien Gewerkschaften, was sich unliebsam bemerkbar machte, weshalb eine Gegenliste (Liste II) von den bürgerlichen Parteien aufgestellt wurde, in der besonders unsere einzelnen Ortsvereine stark vertreten waren. Wir erhielten 6 Ausschusssmitglieder und 12 Ersatzleute. Bei den Ausschusswahlen zur Ortskrankenkasse wurde Kollege Pätzig als 2. Vorsitzender gewählt. Besonders zu erwähnen ist noch unser Stiftungsfest im Gasthof zu Rumborf, das einen ganz hübschen Ueberschuss ergab. Die Mitgliederbewegung im Jahre 1913 war folgende: Bestand am 1. Januar 1913 29 Mitglieder, neu eingetreten sind im Laufe des Jahres 19, ausgestreitet bzw. abgereift sind 11, Mitgliederbestand am Schluß des Jahres 37. In der Generalversammlung am 6. Dezember 1913 wurde der alte Ausschuss wiedergewählt. Zu wünschen wäre nur, daß die Kollegen sich besser an den Versammlungen beteiligen möchten und recht fest zu ihrer Organisation halten, da wir gerade jetzt dem Haß der Sozialdemokratie am meisten ausgesetzt sind.

Gustav Greiner, Schriftführer.

Wismar. Am Sonnabend, den 7. d. M., fand eine Werkstattversammlung für die Holzarbeiter der hiesigen Waggonfabrik statt. Einberufen war dieselbe vom Deutschen Holzarbeiterverband, Bezirksstelle Wismar. Auch unser Ortsverein war schriftlich eingeladen. In dieser Versammlung wurde die allgemeine Lage der Holzarbeiter besprochen und unter anderem betont, daß die Zeiten, in denen sich die Holzarbeiter befinden, nicht rosig zu nennen seien. Obgleich in verschiedenen Kolonnen jetzt 10 Stunden gearbeitet würde, hätten einzelne Kolonnen doch noch nicht für 8 Stunden Arbeit. Dazu läme noch, daß augenblicklich viele Privataufträge vorhanden seien und die Fabrikleitung meint, nicht soviel für diese Arbeiten geben zu können, daß es den Arbeitern möglich ist, dasselbe wie bei anderen Arbeiten zu verdienen. Tief bedauert wurde, daß die Fabrikleitung trotzdem noch Abzüge an den bezahlten Arbeiten vornehmen will, da doch der Durchschnittsverdienst so wie so nicht mehr zu hoch ist. Daß die Fabrikleitung auch keinen Anlaß hätte, abzugeben, denn Dividenden würden genügend verteilt. Allerdings macht die Fabrikleitung geltend, daß der Abzug durch maschinelle Einrichtung größtenteils wieder ausgeglichen werden sollte. Aber meistens erfolgen erst die Abzüge und mit der Zeit erst die Verbesserungen. Die Arbeiterschaft wünscht aber erst die Verbesserungen an maschinellen Einrichtungen. Wenn man dann die Sachen wirklich schneller herstellen kann, dann stehen auch sie einem angemessenen Abzug nicht entgegen. Wenn die Fabrikleitung selbst zugibt, daß in der Holzbranche sauber gearbeitet wird, so darf, wenn es weiter geschehen soll, der Lohn auch nicht zu karg bemessen werden.

Vorbereitung.

Zug ist fernzuhalten nach Breslau (Vinkhofmann-Werke) Gera, Neuf (Pianosortefabrik von Späthe).

Briefkasten der Redaktion.

Berichte aus Bremen, Benthien und Kaiserblantern mühten zurückgestellt werden.

Verlorenes Qultungsbuch.

Nachstehendes Mitgliedsbuch ist als verloren gemeldet und wird hiermit für ungültig erklärt: 11377 Christi-Ansbach.

Unterstützung darf auf dieses Buch nicht gezahlt werden. Der Hauptvorstand.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 14. März 1914: Bezirk Nord und Bantischer. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Matzsch, Brunnenstraße 143, Bezirksversammlung. Vortrag des Schriftstellers Herrn Felix über „Großstadtdichtung“ mit Rezitation von Gedichten. Anschl. Familienkränzchen. Bezirk Nord b. Abds. 8 1/2 Uhr, Turmstr. 18, Bezirksvers.

Sonntag, den 15. März 1914: Einjäger. Vorm. 10 Uhr, im Verbandshaus, Greifswalder Str. 221/23, Brandenburgerversammlung.

Sonnabend, den 21. März 1914: Bezirk Ost und Westfälischer. Abds. 8 1/2 Uhr, Rappentstr. 65, Zählabend. Modell- und Fabrikischer. Abds. 8 Uhr, b. Schröder, Sietziner Str. 50, Zählabend. Bezirk E. Adorf und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalbertstraße 21, Bezirksversammlung. Bezirk Sieglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Gerstl, Berlinstraße 1, Bezirksversammlung. Bezirk Weisensee. Abds. 8 1/2 Uhr, Sedanstraße 19, Ede Eliastr., b. Biedowild, Zählabend.

Sonntag, den 22. März 1914, vorm. 9 1/2 Uhr, im Verbandshaus Greifswalder Str. 221/23: Allgemeine Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung und Abstimmung über die Anträge zur Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert!

Kollähliger Besuch aller Versammlungen ist notwendig. Die Verwaltung.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion des Blattes gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Neufölln.

Sonnabend, den 14. März 1914. Kramer, Hermannstr. 199.

Versammlung.

Beschäftigtes Erscheinen erwartet. Der Ausschuss.

Der Arbeitsnachweis des süddeutschen Bezirks

befindet sich

W. A. D., Reichardtstr. 14.

Die Vorstände der Ortsvereine werden dringend ersucht, offene Stellen oder arbeitslose Kollegen sofort nach hier zu melden; desgleichen die Stellen von denjenigen Mitgliedern des Ortsvereins, die außerhalb des Stadtbezirks wohnen oder arbeiten.

Die Bezirksleitung

J. A. Bernholt

Die Arbeitersekretärstelle

Für den Ortsverband Düsseldorf wird vom 1. Mai 1914 ab neu besetzt. Das Anfangsgehalt beträgt 160 M. monatlich, außerdem Zahlung der gesamten rechtsgerechten Versicherungsbeiträge; die weiteren Rechte und Pflichten werden durch den Anstellungsvertrag geregelt. Bewerber, die mindestens 3 Jahre den Deutschen Gewerkschaften angehören, wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines kurzen Lebenslaufes und einem Aufsatze über die Aufgaben eines Arbeiterssekretärs a) in der sozialen Bewegung, b) in der Agitation und c) in der Bedienung der Presse an den Bundessekretär G. Jagenhausen, Düsseldorf, Kurfürstentrasse 21, bis zum 26. März 1914 einreichen. Der Briefumschlag muß die Aufschrift „Bewerbungsgesuch“ tragen.

Die soziale Kommission des Ortsverbandes der Deutschen Gewerkschaften für Düsseldorf und Umgegend.

Nebenverdienst!

Ob. M. 500—1000 per Monat. Nur für Herren. Keine Versicherung! Kein Verkauf an Bekannte! Keine Schreibarbeiten! Bequem im Hause! Ganz neue Wege! Viele Anerkennungen. Verlangen Sie Prosp. Nr. E. 14 von Adr.: Postlagerkarte Nr. 1, Hamburg 36.

Berufsorganisation — Staatsbürgerpflicht

Der klar denkende Arbeiter und Angestellte erfüllt beide Pflichten, braucht beide Waffen zu seiner wirtschaftlichen und politischen Befreiung. Er leht und unterstützt deshalb auch

„Die Wacht“

Wochenschrift der liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Schriftleitung: Arbeiterssekretär Ant. Erkelenz.

Man bestellt bei der Post zum Preise von 1 Mark vierteljährlich oder beim Verlag L. Münz-Magdeburg, Katharinenstrasse 2-3.

Älterer

Maschinenarbeiter,

welcher imstande ist, alle Holzbearbeitungsmaschinen im Stande zu halten, gegen guten Lohn in dauernde Stellung gesucht.

Melungen an das Sekretariat Hamburg, Marsstr. 18, I.

Der Arbeitsnachweis des Breslauer Bezirks

befindet sich Breslau, Neumarkt 34. — Die Vorstände der Ortsvereine werden ersucht, offene Stellen oder arbeitslose Kollegen sofort nach hier zu melden. Die Bezirksleitung.